

ZITRO



**FREIHEIT & SICHERHEIT
AUSGABE 2 / 2019**

**GRÜNE
JUGEND**
Baden-Württemberg

Zeitschrift der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg
<https://www.gbw.de/>

Ihr Lieben,

Wir wollen im Frühjahr 2019 einmal Zahlen sprechen lassen.

1,5 Mio.
Fridays for future

200 Tsd.
Gegen die Uploadfilter

über 1,0 Mio.
Gegen den Brexit

etwa 1.000
Gegen die Dieselfahrverbote

Das Jahr hat fulminant begonnen. Die Progressiven kommen in die Puschen. Zum ersten Mal seit längerer Zeit wird die öffentliche Debatte nicht mehr hauptsächlich von Nazis dominiert, sondern von denen, die Emanzipation, Vernunft und Menschenwürde vorantreiben. Von Leuten wie uns.

Vor uns liegt eine Europawahl, die richtungsweisend sein wird: Entwickelt sich die EU weiter? Also geben wir Kompetenzen des Nationalstaats ab? Gelingt uns der Umbau von einer Wirtschaftsunion zu einer Sozialunion? Packen wir die europaweite Energiewende? Und nicht zuletzt: Schaffen es Michael Bloss und Anna Deparnay-Grünenberg aus BaWü ins Europaparlament? Gleichzeitig treten wir mit unzähligen junggrünen Kandidierenden in den Kommunen an. Wir wollen unsere Städte autofrei machen, wir wollen Parks statt Parkplätze, wir wollen die Straßen zum Tanzen!



Foto von Jochen Detscher aus Stuttgart

Und gleichzeitig beschäftigen wir uns mit dem Thema Innenpolitik: Den Auftakt hat unser Frühjahrsempfang in den Stuttgarter Wagons gemacht. Marina Weisband, früher Piraten-Spitzenpolitikerin, heute bei den Grünen hat mit uns über Privacy und Kapitalismus gesprochen. Was wir landespolitisch noch zu tun haben, hat der Landtagsbesuch bei Uli Sckerl (innenpolitischer Sprecher Fraktion Grüne BW) gezeigt: Wir werden die Sicherheit nicht über die Freiheit stellen. Wir schreiben Bürgerrechte groß, unsere Daten gehören uns und wir wollen keine übermächtige Polizei.

Mit stacheligen Grüßen
Marcel Roth und Lena Christin Schwelling

Folg uns doch, verdammt nochmal!

 /Gjbawue

 /gjbw

 /gruenejugendbw

gjbw.de

Liebe Igel*innen,

Und schon wieder ist eine neue Ausgabe der Zitro fertig. Wir hoffen, dass euch die Interviews, Meinungsbeiträge, Berichte und all die anderen Dinge interessieren und im besten Fall inspirieren.

Die Zitro ist in erster Linie eine Mitgliederzeitschrift. Dementsprechend wäre sie nichts ohne die Artikel und Ideen die ihr alle als Mitglieder einbringt. Dafür im Namen der Redaktion vielen herzlichen Dank!

PS: An die AfD Landtagsabgeordneten, die das hier lesen um der Grünen Jugend Verfassungsfeindlichkeit nachzuweisen, wir wünschen auch euch viel Vergnügen beim Lesen und hoffen ihr nehmt was mit. Der Artikel zu Rechtsextremismus war ja leider schon in der letzten Ausgabe, aber die lest ihr sicher auch.

Viel Spaß euer Zitro Team



Max



Nina



Patrick



Julian



Emma

**Kritik? Feedback? Lobeshymnen?
Einfach her damit!**

Schreib doch einfach eine Mail
an uns unter zitro@gjbw.de



Inhalt.

Zwischen Freiheit und Sicherheit
von Emma

Polizeigesetze – Warum will der Staat so hart durchgreifen?
von Max

Videoüberwachung
Interview

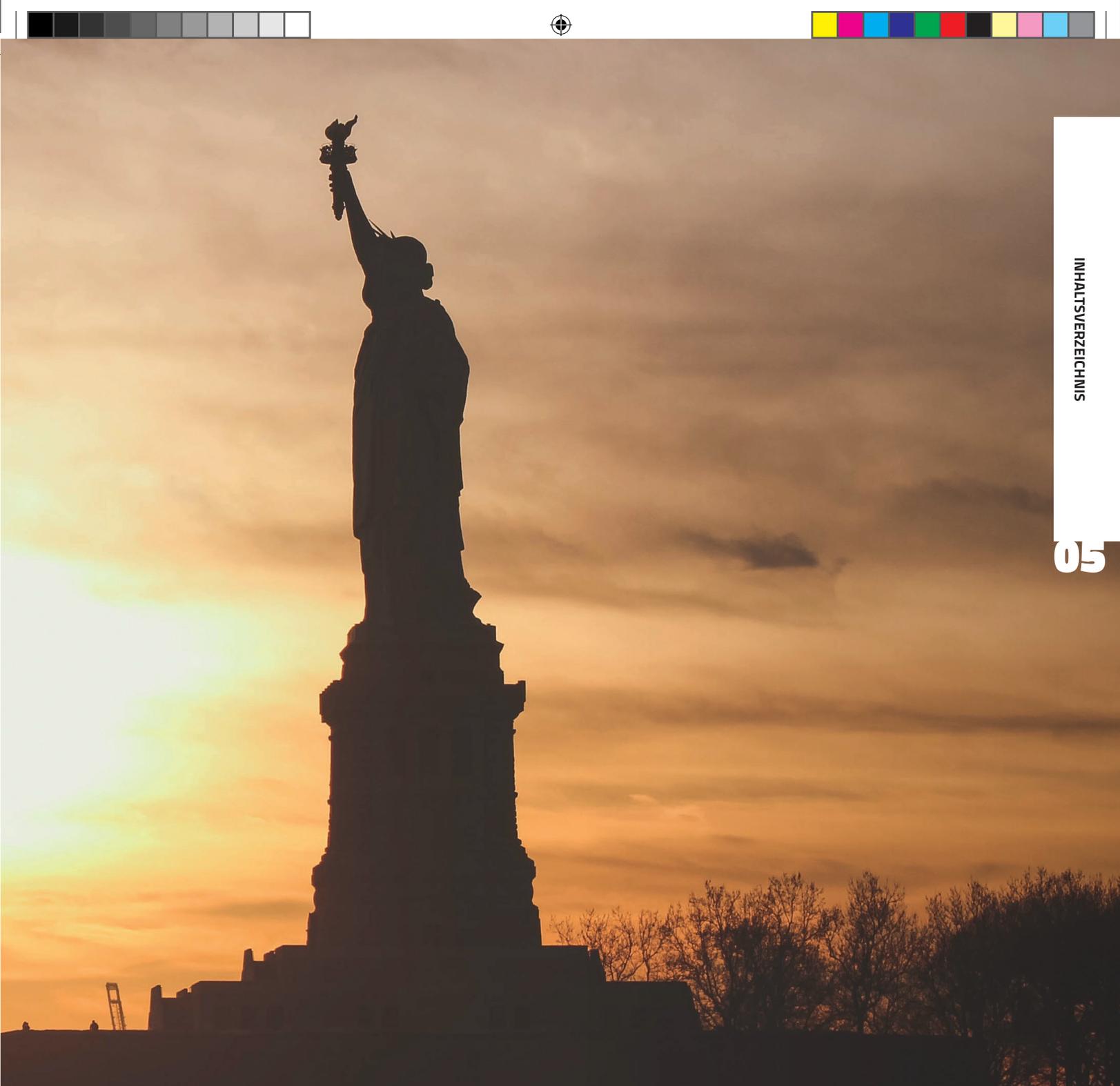
Erfolgreiche Integration von Geflüchteten – Wie geht das?
von Manne

06 **Buchrezension „Worauf wir uns verlassen wollen“** **15**
von Nina

08 **100 Jahre Frauenbewegung – Es ist noch Luft nach oben!** **16**
von Thekla

10 **Rezept: Veganes Mousse Au Chocolate** **19**

14 **Landesmitgliederversammlung** **21**
von Emma



Pro & Kontra: Heimat

von Sandra & Jeremy

**Ausbildung: Gute Entscheidung
oder Sackgasse?**

von Nina

**We need no hesitation!
Ein Blick auf #fridaysforfuture**

von Patrick

Ortsgruppenberichte

22

**Global Goals:
Think global, act local!**

von Max

24

Grüne Innenpolitik?

von Julian

26

28

30

31

KOMMENTAR

Zwischen Freiheit und Sicherheit

Wovon fühlst du dich bedroht? Diese Frage stellte das US-Forschungsinstitut Pew Research Center Bürger*innen weltweit. Die Umfrage ergab, dass in Deutschland die globale Erderwärmung als die derzeit größte Bedrohung wahrgenommen wird. An zweiter Stelle nannten die Befragten die Bedrohung durch die Terrormiliz IS, eine Cyberattacke, die USA und Russland.

Wovon sich Menschen bedroht fühlen, ist in erster Linie subjektiv und damit von Individuum zu Individuum sehr unterschiedlich. Dennoch sollten sich Politiker*innen mit den Ängsten der Bürger*innen auseinandersetzen und gegebenenfalls darauf reagieren. Aber warum dreht sich die Sicherheitsdebatte vorwiegend um Terrorabwehr, während effektiver Klimaschutz von Seiten der Bundesregierung boykottiert wird? Wenn sich die Mehrheit der Gesellschaft vor der Klimakrise mehr fürchtet als vor einem terroristischen Anschlag, muss das in die Sicherheitsdebatte aufgenommen werden. Wer in Sicherheit leben will, braucht eine intakte Umwelt. Langfristig sollte die Klimapolitik als die nachhaltigste und wichtigste Form der Sicherheitspolitik betrachtet werden.

Ist es deshalb zum Schutz der Umwelt und der Allgemeinheit notwendig eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf deutschen Autobahnen einzuführen? Das persönliche Freiheitsrecht der Autofahrer*innen wäre im Umkehrschluss eingeschränkt. Neben Klima und Sicherheitspolitik geht es jetzt auch um die Freiheit des Einzelnen. Die kürzlich wieder entfachte Debatte um ein Tempolimit steht beispielhaft für den ständigen Konflikt zwischen Freiheit und Sicherheit. Eine erhöhte Geschwindigkeit birgt zunächst eine größere Gefahr für alle anderen Verkehrsteilnehmer*innen. Das Tempolimit könnte die Zahl der schwerwiegenden Unfälle minimieren und gleichzeitig für einen geringeren

Kraftstoffverbrauch sowie für weniger CO₂-Emissionen sorgen. Umweltschützer*innen und Autofanatiker*innen geraten in eine häufig emotional geführte Debatte. Am Ende bleibt die Herausforderung, das große Ganze im Blick zu behalten, um das richtige Maß von Freiheit und Sicherheit zu finden.

In zahlreichen Lebensbereichen kollidiert die Freiheit einzelner mit dem Schutz der Allgemeinheit. Das Spannungsfeld reicht von Terror- und Kriminalitätsbekämpfung, der Videoüberwachung von öffentlichen Räumen, über den Datenschutz bis hin zur Vorratsdatenspeicherung und endet keineswegs beim Tempolimit auf Autobahnen. Um in den Diskurs einzusteigen, sollte sich jeder über die Bedeutung der Begriffe Freiheit und Sicherheit im Klaren sein. Rechtssicherheit bildet zunächst die Grundlage unseres freiheitlichen Rechtsstaates und damit die Basis des menschlichen Zusammenlebens. Gleichzeitig ist die Freiheit jedes Individuums der Grundstein unserer Demokratie. Beide Werte müssen in einem ständigen Spagat von Politik und Gesellschaft diskutiert werden. Freiheit braucht Sicherheit, aber Sicherheit muss Freiheit schützen und nicht aufheben. Es gibt weder absolute Sicherheit noch grenzenlose Freiheit. Damit ist eine Diskussion allein um die Garantie von Sicherheit zwecklos. Freiheit und Sicherheit sind im gegenseitigen Kontext zu betrachten. Der Staat hat die Aufgabe, die Freiheit einzelner und gesellschaftlicher Minderheiten zu schützen.

Terror, Hetze und Gewalt im öffentlichen Raum sowie im Netz produzieren immer wieder einen Aufschrei nach härteren Sicherheitsmaßnahmen. Denn wie viele Menschenleben darf die Freiheit kosten? Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 und darauffolgenden Anschlägen im europäischen Raum wurde eine globale Sicherheitsarchitektur aufgebaut. Dabei drehte sich alles darum, wer am schnellsten und am härtesten durchgreift. In Eile wurden Polizeigesetze verschärft. Polizeigewalt und Befugnisse der Sicherheitsbehörden wurden ausgeweitet, anstatt europäische Vernetzung und Zusammenarbeit ausreichend zu fördern. Fehleranalyse und Aufarbeitung in den Sicherheitsbehörden blieben aus. Fast unbemerkt werden mühsam erkämpfte Freiheitsrechte mit den Füßen getreten. Tatsächlich kann nur ein freiheitlicher Rechtsstaat, Hass und Terror die Stirn bieten. Gewaltanwendung und Terror egal welcher Couleur zielen genau auf unsere freiheitlich demokratischen Werte ab. Selbst in schwierigen Zeiten darf die offene Gesellschaft nicht von diesen Grundwerten abrücken. Freiheit ist kein Geschenk des Staates. Freiheitsrechte mussten jahrhundertlang blutig erkämpft werden. Sie unterscheiden eine Demokratie maßgeblich von einer Autokratie.

Permanente Überwachung und Kontrolle sind deshalb konsequent abzulehnen. Wird ein öffentlicher Platz überwacht, so verlagert sich der Ort des Schreckens einfach ein paar Kilometer weiter. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch im Netz sind Nutzer*innen dieser Überwachung ausgesetzt. Dabei muss das Recht auf Privatsphäre und informationelle Selbstbestimmung jedem Menschen gewährt werden. Die Verantwortung für personenbezogene Daten, darf nicht an Telekommunikationsunternehmen und globale Datenkonzerne abgegeben werden. Mehr gesammelte Daten mit mehr Sicherheit gleichzusetzen, ist schlichtweg falsch. Bürger*innen dürfen nicht unter Generalver-

dacht gestellt werden. Was nötig ist, ist eine real wirksame Sicherheitspolitik, welche vor Kriminalität und Terror schützt, statt symbolische Maßnahmen zu ergreifen.

In Zeiten, in denen Populisten gnadenlos Ängste schüren, darf eines nicht vergessen werden: Jeder hat ein unterschiedliches Bedürfnis nach Sicherheit und Geborgenheit. Zwischen realer Bedrohung und subjektiver Wahrnehmung muss differenziert werden. Wenn das Sicherheitsgefühl der Wähler*innen genutzt wird um Politik zu machen, gerät unsere Demokratie unter Druck. Besorgte Stimmen dürfen aber nicht geleugnet werden. Der Ruf nach Sicherheit wurzelt in dem Gefühl allein gelassen zu werden. Menschen fühlen sich nicht mehr gehört. Nur ein solidarischer Sozialstaat und eine Wende in der Bildungspolitik können das ändern. Politische Bildung, Aufklärung und Analyse der Sicherheitspolitik sind essenziell, um gemeinsam das richtige Maß von Freiheit und Sicherheit diskutieren zu können. Denn mit dem Wandel der Gesellschaft stellt sich fortlaufend die Frage nach dem angemessenen Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Studien zeigen, dass einmal eingeführte Sicherheitsmaßnahmen in Zeiten geringerer Bedrohung häufig bestehen bleiben. Deshalb sollten Gesetze regelmäßig auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Ansonsten bröckelt unsere Demokratie, denn auf Dauer verliert sie an Freiheit.

Dass sich der Großteil der Gesellschaft vor der Erderwärmung mehr fürchtet als vor einem terroristischen Anschlag, sollte die Bundesregierung aufmerksam machen. Wer nicht auf die Wahrnehmung der Bürger*innen hören will, sollte wenigstens auf die Erkenntnisse der Forschung und Wissenschaft hören. Die reale Bedrohung geht von der voranschreitenden Klimakrise aus. Die Klimakatastrophen werden vor Videokameras nicht Halt machen. Wem Freiheit und Sicherheit wirklich wichtig ist, der muss effektiv Umweltpolitik betreiben. Zum Einen ist eine vorausschauende Klimapolitik unabdingbar, um unsere Zukunft auf der Erde zu sichern. Zum Anderen muss die Freiheit jedes Einzelnen auch in Zukunft geschützt werden und darf nicht unter dem Vorwand der Sicherheit begraben werden. Für ein freies und „sicheres“ Leben muss jeglichen Symboldebatten mit Demokratiebildung entgegnet werden. Zwischen Freiheit und Sicherheit liegt schlussendlich die Demokratie, welche Rechtsstaatlichkeit und Freiheit jedes Einzelnen vereint. Als junge Europäer*innen haben wir die Verantwortung, die demokratischen Grundwerte gegenüber allen Antidemokraten entschlossen zu verteidigen.



Emma ist seit Dezember 2018 Mitglied der Zitro-Redaktion. Gerade wurde sie zur Sprecherin der Ortsgruppe Rastatt / Baden-Baden gewählt, welche sie wieder aufgebaut hat.

Polizeigesetze

WARUM WILL DER STAAT SO HART DURCHGREIFEN?

München, Hannover, Nürnberg, Düsseldorf. Überall demonstrierten Menschen unter dem Motto #noPAG gegen neue Polizeiaufgabengesetze in ganz Deutschland. Aber nicht hier, nicht in Baden-Württemberg.

Die Verschärfung der Polizeiaufgabengesetze strebt eine Verbesserung der Sicherheitslage der Länder an, vor allem durch terroristische Gefahr. So steht es zumindest auf dem Papier. Die Gesetzesvorschläge kommen hierfür aus dem Innenministerium. Der baden-württembergische Innenminister ist der CDU-Parteivorsitzende Thomas Strobl. Die erste Novellierung¹ des Polizeiaufgabengesetzes gab es 2017, unterstützt von CDU, Grüne und SPD. Aber was ist der eigentliche Inhalt?

1. Es ist möglich eine automatisierte Überwachung zu beantragen, aber nicht nur sachbezogen, sondern auch personenbezogen. Durch diese automatisierte Überwachung wird die Unschuldsvermutung missachtet.

2. Eine schwierige Stelle der Novellierung ist die Gefährdungseinstufung. Die Stufe „drohende Gefahr“, die Personen verliehen werden kann, und die Polizei mehr Befugnisse erteilt, ist sehr schwammig. Dies kann vor allem dann zum Problem werden, wenn nicht nur Terrorverdächtige als „drohende Gefahr“ eingestuft werden.

3. Sehr umstritten, jedoch von der CDU gefordert, war die Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ). Dabei nutzt die Polizei Sicherheitslücken in einem System, um dadurch gefährliche Individuen besser überwachen zu können. So kann auch bei einem Messenger-Dienst, der Ende-zu-Ende verschlüsselt ist, wie z.B. WhatsApp, mitgelesen werden. Sogar gespeicherte Daten können dadurch ausgelesen werden. Grundrechte wie das Fernmeldegeheimnis werden dadurch missachtet. Gegen dieses Gesetz wurde von der Gesellschaft für Freiheitsrechte gemeinsam mit dem Chaos Computer Club Verfassungsbeschwerde eingelegt. Auch wenn nur sehr wenige Personen, auch hochgefährliche, damit überprüft werden, bleiben diese Sicherheitslücken offen, statt den Entwicklern

gemeldet zu werden. Hacker oder andere Staaten können diese Sicherheitslücken zu ihren eigenen Zwecken ausnutzen. Geschädigt werden lediglich die Unschuldigen, deren Daten ausgelesen werden können.

4. Die Polizei kann eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit bei Personen mit „drohender Gefahr“ anordnen. Diese Personen werden dann dadurch in ihrem Alltag beeinflusst, indem sie zum Beispiel öffentliche Plätze nicht betreten dürfen oder Hausarrest bekommen. Zudem kann die Polizei in ganz besonders extremen Fällen eine Präventivhaft von 3 Wochen anfordern.

Diese 4 Punkte bedrohen ganz klar unsere Freiheitsrechte und sind daher die kontroversesten Änderungen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann sagte damals, mit dem nun verabschiedeten neuen Polizeigesetz „an die Grenzen des verfassungsrechtlich möglichen zu gehen“. Der Landesdatenschutzbeauftragte Stefan Brink meinte zudem: „Das ist, wenn man es nüchtern betrachtet, eine Breitseite, die auf unsere Bürgerrechte abgefeuert wird.“

Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind neue Polizeigesetze jedoch der letzte Schrei. Lediglich in Thüringen ist keine Verschärfung des Polizeigesetzes geplant. In Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein ist die Umsetzung noch unklar. In allen anderen Bundesländern wird das Polizeiaufgabengesetz teilweise oder massiv verschärft. Und das Grün-geführte Baden-Württemberg ist mit vorne dabei. Nach dem Motto „je härter desto besser“ betreiben die Länder ein Wettbewerb, welches Land am meisten Freiheitsrechte einschränken kann. Innenminister Strobl wollte dem amtierenden Champion Bayern dicht auf Fersen, wurde aber von dem grünen Teil der Regierung ein wenig zurechtgestutzt.

Doch Innenminister Strobl will mehr. Mehr Sicherheit. Mehr Macht. Mehr Polizeistaat. Das einzige, das weniger wird, ist die Freiheit. Dies rechtfertigt er mit der ständigen Gefahr von Terrorismus, auch wenn es diese in Baden-Württemberg gar nicht gibt.



Was sind diesmal seine Forderungen?

1. Eine Schleierfahndung² in einem 30km Radius im Grenzgebiet soll möglich gemacht werden.
2. Die Präventivhaft soll von 3 Wochen auf 3 Monate erhöht werden, kann jedoch immer wieder verlängert werden. Deshalb wird sie umgangssprachlich „Unendlichkeitshaft“ genannt.
3. DNA-Analysen sollen möglich gemacht werden. So soll durch Spuren am Tatort ein genetischer Fingerabdruck entstehen. Haarfarbe, Augenfarbe, Haut, Alter und die sogenannte „biographische Herkunft“ soll dadurch ermittelt werden können.

Diese Forderung stoßen dann auch bei den Grünen in Baden-Württemberg gegen Widerstand. Hans-Ulrich Sckerl, Parlamentarischer Geschäftsführer und Innenpolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion, sieht dies ebenfalls kritisch. Sckerl sagte: „Es hat nach unserer Überzeugung keine Änderung der Sicherheitslage gegeben, die Verschärfungen notwendig machen.“ Zudem kritisiert die Landtagsfraktion der Grünen FDP und CDU dafür einen „Präventionsstaat“ zu wollen.

Sascha Binder, Innenpolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion, sagte: „Die Grünen sind bei der letzten Gesetzesnovellierung bereits umgefallen. Wir sind gespannt, welche Halbwertszeit die Aussage von Uli Sckerl dieses Mal hat“.

Laut einer SPD-Anfrage im Landtag wird das aktuelle verschärfte Polizeigesetz so gut wie nie eingesetzt. Die Software für die Quellen-TKÜ ist noch nicht einsatzreif, die Fußfessel wurde lediglich ein einziges Mal eingesetzt. Ebenso wurden beide Anträge der Polizei die Bewegungsfreiheit von verdächtigen Personen einzuschränken, abgelehnt.

1 Eine Novellierung ist eine Änderung eines Gesetzes
2 polizeiliche Fahndung ohne konkreten Anlass oder Verdacht



Kommentar Die einzelnen Forderungen im Schnelldurchlauf:

Die Schleierfahndung im 30km Umkreis ist nicht nur aufgrund der Unschuldsvermutung eine umstrittene Taktik, da diese jedoch im Grenzgebiet durchgeführt werden soll, ist dies gegen den europäischen Gedanken. Das Errichten von inoffiziellen Grenzkontrollen ist gegen das Prinzip der offenen Grenzen, und vor allem gegen den europäischen Freiheitsgedanken und unsere Werte. Mehr zwischenstaatliche Grenzkontrollen sollten niemals das Ziel einer europäischen Nation sein.

Die „Unendlichkeitshaft“ wurde auch schon in Bayern eingeführt und stößt dort gegen Widerstand, auch aus rechtlicher Sicht. Einem Menschen, der noch nichts verbrochen hat, seine Freiheit zu nehmen, ist das Gegenteil eines Rechtsstaates. Die Unschuldsvermutung und die Menschenwürde werden hierbei außer Acht gelassen.

Letztendlich sind DNA-Analysen ein Mittel, das lediglich gegen ethnische Minderheiten effektiv eingesetzt werden kann. Strobl will dadurch Diskriminierung und Stigmatisierung von ethnischen Minderheiten salonfähig machen. Man kann es aber auch einfach beim Namen nennen: Rassismus.

Alles in allem leistet Innenminister Strobl wunderbare Arbeit unsere Freiheit abzubauen und vermeintliche Sicherheit aufzubauen. Seine Forderung, das Polizeiaufgabengesetz erneut zu verschärfen, obwohl die erste Verschärfung nicht einmal etwas gebracht hat, ist eine Unverschämtheit. Strobl versucht lediglich politisches Kapital herauszuschlagen, anders kann man sich dies nämlich nicht erklären. Wie das jedoch funktionieren soll ist fraglich, denn logisch sind seine Taten nicht. Trotzdem passiert all dies um die Sicherheit der BürgerInnen zu schützen, aber mal ganz ehrlich: Die CDU hat keine Terror-Angst, sondern Flüchtlings-Angst. Ein Ministerium, das die EU aushebeln und ethnische Minderheiten besser zu Verbrechen zuordnen möchte, handelt gegen die europäische Solidarität und das Grundgesetz.

Zusammen mit der CDU-Landtagsfraktion hat es Strobl wahrlich geschafft aus anderen Ländern Gesetze falsch abzuschreiben. Wer gegen demonstrierende Schüler hetzt, sollte wenigstens Recht bei seiner eigenen Arbeit haben. Herr Innenminister, drücken Sie lieber nochmal die Schulbank!



ist seit Mitte 2018 Mitglied der Grünen Jugend und engagiert sich in der Grünen Jugend Ludwigsburg. Seit der letzten LMV im Dezember 2018 ist er auch Redakteur der Zitro





Videoüberwachung

In vielen Städten wird zurzeit über einen Ausbau der Videoüberwachung, im öffentlichen Raum, diskutiert. In der Regel wird darauf verwiesen, dass diese Maßnahme zu mehr Sicherheit führen soll. Wir haben unsere junggrünen Kommunalwahlkandidat*innen um ihre Meinung gebeten.

*„Ich möchte verhindern, dass wir zu gläsernen Menschen unter Kontrolle werden. Dass wir unser Recht auf informationelle Selbstbestimmung auf der Straße abgeben. Eine permanente Überwachung beschneidet die Freiheit von uns Bürger*innen ganz massiv, da wir weder kontrollieren können, wann und wo und welche Daten von uns gespeichert werden, noch wissen wir wirklich was mit unseren Daten geschehen soll. Deshalb fordere ich klar: mehr Datenschutz und weniger Videoüberwachung!“*

ANNA HOCHMUTH

Platz 1 der Grünen Liste in Friedrichshafen

„Es ist ein Trugschluss, dass Videoüberwachung mehr Sicherheit bringt. Sie verlagert ggf. die Kriminalität auf einen anderen Ort. Im schlimmsten Fall ist sie aber noch mit den neusten Algorithmen zur Verhaltensanalyse gekoppelt und schafft so einen immensen Konformitätsdruck auf die Menschen im öffentlichen Raum. Dem müssen wir uns als GJ entschlossen entgegenstellen!“

DENIZ GEDIK

Platz 8 der Grünen Liste in Mannheim

„Videoüberwachung sollte vermieden werden, wo es geht. In seltenen Einzelfällen mag sie sinnvoll sein, beispielsweise an Orten mit (tatsächlichem – nicht gefühltem!) Kriminalitätsschwerpunkt oder um die Sicherheit von Frauen zu gewährleisten. Aber: Es muss genauestens geprüft und dargelegt werden, ob Überwachung an diesen Orten in ihren jeweiligen Kontexten wirklich Abhilfe schaffen kann. Weiter muss die Art der Überwachung (Stichwort ‚intelligente Videoüberwachung‘) unbedingt an den Zweck gekoppelt werden, den sie erfüllen soll. Wenn beispielsweise gegen Diebstahl oder Drogenhandel vorgegangen werden soll, bringt es nichts, wenn die Kameras bei ‚Rudelbildung‘ getriggert werden. Außerdem muss die Möglichkeit des Datenmissbrauchs unbedingt ausgeschlossen sein.“

MARILENA GEUGJES

Platz 3 der Grünen Liste in Heidelberg

„Überwachung verändert uns - wenn wir wissen, wir werden beobachtet, verhalten wir uns anders. Das nennt man Disziplinierung der Wahrnehmung. Das ist kein Zustand der Freiheit mehr.“

MARCEL ROTH

Platz 6 der Grünen Liste in Stuttgart





„Wenn es um Videoüberwachung im öffentlichen Raum geht, dann landet man zwangsläufig immer bei einer Dichotomie aus Freiheit versus Sicherheit. Klar bin ich in ‚überwachten‘ sozialen Netzwerken unterwegs – Der Unterschied ist meine persönliche Zustimmung bei der Anmeldung und meine persönliche Entscheidung, wie viel ich selbst preisgeben möchte. Bei einem Ausbau von Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen, kann ich aber nicht zustimmen und werde in meiner individuellen Freiheit massiv beschränkt. Darüber hinaus verhindert Videoüberwachung keine Straftaten. Wenn man also wirklich für eine nachhaltige und langfristige Sicherheitslage ist, sollte man daher lieber auf Prävention setzen.“

VANESSA CARBONI

Platz 9 der grünen Liste in Freiburg

„Das individuelle Sicherheitsbedürfnis der Menschen ist etwas, dass die Politik ernst zu nehmen hat. Die Umsetzung mittels Methoden wie beispielsweise Videoüberwachung erfordert aber vor allem eines: mehr Transparenz. Warum werden öffentliche Plätze überwacht, wie werden sie überwacht und bei der sogenannten intelligenten Videoüberwachung, die mit Bewegungsmustererkennung arbeitet, was sind die Kriterien, nach denen die Algorithmen eingestellt sind? Das muss kenntlich gemacht werden!“

LENA CHRISTIN SCHWELLING

Platz 1 der grünen Liste in Ulm



Erfolgreiche Integration von Geflüchteten

WIE GEHT DAS?

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten gelebte Praxis. Fast ein Viertel aller Baden-Württemberger*innen haben einen Migrationshintergrund. Zu- und Abwanderung sind somit feste Bestandteile unserer gesellschaftlichen Normalität. In den Jahren 2015 und 2016 haben viele Menschen bei uns Zuflucht vor Krieg, Vertreibung und Verfolgung gefunden. Dabei ist der politische Diskurs um die Integration von Geflüchteten brutaler und rauer geworden. Statt konkrete Wege aufzuzeigen, wurden viel zu häufig populistische Begriffe wie „Anti-Abschiebe-Industrie“ oder „Asyl-Tourismus“ im politischen Diskurs verwendet.

Wie kann die Integration von Geflüchteten gelingen? Was tut das Land für eine erfolgreiche Integration? Integration ist ein wechselseitiger Prozess und stellt Anforderungen an beide Seiten: an all die, die schon länger hier leben und an diejenigen, die zu uns kommen. Das Primärziel von Integration muss die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sein. Grundlage für das Zusammenleben in Vielfalt sind verbindliche Regeln und ein gemeinsames Wertefundament. Hierzu zählt ohne Vorbehalt die in unserem Grundgesetz verankerte freiheitlich-demokratische Grundordnung, insbesondere die unantastbare Menschenwürde, Meinungsfreiheit sowie die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Ob Integration gelingt, hängt maßgeblich von der Stärkung der integrativen Strukturen auf kommunaler Ebene zusammen. In der Nachbarschaft oder in der Schule – zweifellos findet Integration dort statt, wo Menschen einander begegnen und miteinander in Kontakt treten. Für Baden-Württemberg ist die Stärkung der kommunalen Integrationsarbeit ein besonderes Anliegen. Mit dem Pakt für Integration wurden daher landesweit rund 1.200 Stellen für Integrationsmanager*innen geschaffen, um Kommunen bei ihren Integrationsbemühungen zu unterstützen. Konkret sollen Integrationsmanager*innen Geflüchtete in ihrem Alltag durch Sozialberatung und -begleitung individuell unterstützen.

Die Arbeitsmarktintegration ist der „Integrationsmotor“ schlechthin. Für eine Teilhabe am deutschen Arbeitsmarkt ist das Erlernen der deutschen Sprache unerlässlich. Denn Sprache ist die Basis für ein selbstbestimmtes Leben. Daher muss die Möglichkeit zum Spracherwerb einfach und schnell bereitgestellt werden. Ergänzend zum Sprachkursangebot des Bundes, fördert das Land mit einem eigenen Programm das Erlernen der deutschen Sprache. Neben der Sprachförderung spielen rechtliche Verbesserungen beim Arbeitsmarktzugang eine entscheidende Rolle. Hierzu zählt beispielsweise die unkomplizierte Anerkennung der bereits mitgebrachten Qualifikationen. Ebenso muss ein zeitgemäßes Einwanderungsgesetz dafür sorgen, die Unsicherheit bei der Bleibeperspektive von Geflüchteten zu verringern.

Es ist kein Geheimnis: Integration ist ein Prozess, der nicht von heute auf morgen gelingt. Vielmehr erstreckt es sich über mehrere Jahre bzw. Jahrzehnte. Klar ist: Damit Integration gelingen kann, muss die Chance auf volle gesellschaftliche Teilhabe auch für Geflüchtete gelten. Menschen unterschiedlichster Herkunft werden sich nur dann in unserer Gesellschaft zugehörig fühlen und Verantwortung übernehmen, wenn auch für sie das Aufstiegsversprechen gilt.



Manne Lucha ist seit 2011 Landtagsabgeordneter und seit 2016 Minister für Soziales und Integration in Baden-Württemberg

Winfried
Kretschmann
Worauf wir
uns verlassen
wollen

Für eine neue
Idee des
Konservativen



Nina

Ich bin Nina Nüßle 22 Jahre bin seid
Frühling 2018 Mitglied in der Grünen
Jugend wurde in der LMV im Winter
2018 zur Zitro Redakteurin gewählt
und bin seit Januar diesen Jahres
Sprecherin der Ortsgruppe Waldshut.

darüber, dass die Politiker mehr informieren müssen und wieder mehr Verantwortungsbewusstsein zum Regieren erlangen sollten. Es ist wichtig, Kompromisse einzugehen. „Einheit ist unmenschlich, Einigung ist menschlich“. Er bezieht sich das ganze Buch über immer wieder auf Heimat. So muss auch Europa für die Menschen in Baden-Württemberg und den Rest von Deutschland Heimat werden. Ich denke, mit Heimat ist das gemeint, worauf er sich verlassen möchte. Er schreibt davon, dass wir in Europa, neben Ländern wie den USA und China nur geeint stark sind! Dafür braucht es aber die drei großen „V“. Vertrauen, Verlässlichkeit und Vertragstreue. Er beschreibt, dass europäische Gemeingut als die drei Hügel, Akropolis, Kapitol und Golgatha. Er möchte sich auf die Natur verlassen wollen und möchte, dass dies noch viele weitere Jahre so ist, weshalb er sagt: „Wer Landschaft, Klima und Natur schützt, der schützt Heimat“ Und sind wir ehrlich, wenn du ein Loch im Dach oder einen Wasserrohrbruch in deiner Wohnung hast, würdest du doch auch den Handwerker rufen und nicht einfach all das Wasser in deiner Wohnung stehen lassen. Ihm ist bewusst, dass es schwer erscheint, die Natur zu bewahren, den Klimawandel zu stoppen, oder auch nur etwas an seinen Gewohnheiten zu ändern. Aber wenn wir uns auf die Natur, wie wir sie kennen, verlassen wollen, muss sich etwas ändern. „In einer Zeit, in der rasanter Wandel zu massenhaften Alltagserfahrung wird.“ Morgen kann das, was heute noch gut und recht war, schon nicht mehr ausreichen. Bestes Beispiel dafür ist die Digitalisierung. Es ist wichtig, keine Angst vor ihr zu haben, oder sie nicht zu verschlafen, sondern sie sollte aktiv mitgestaltet werden. Zu guter Letzt ist ihm bewusst, dass all das, was er hier beschreibt, nur gelingt, wenn ein Gleichgewicht zwischen Staat, Markt und Bürger herrscht. Ich kann nur hoffen, dass dieses Buch noch mehr Menschen lesen und verstehen! Denn Winfried schreibt nicht kompliziert oder anklagend, er schreibt verständnisvoll und einfach! Einfach für jede*n ein Muss.

*„Eine gemeinsame Welt
verschwindet, wenn sie nur
noch unter einem Aspekt
gesehen wird; sie existiert
überhaupt nur in der Vielfalt
ihrer Perspektiven.“*

Vorab die Eckdaten: Das Buch von Winfried Kretschmann hat 158 Seiten, ist in Vorwort, sieben Kapitel und dem Fazit eingeteilt. Es ist im Fischer Verlag erschienen und eine klare Leseempfehlung! Genug Details! Ich habe das Buch gelesen und gemerkt, dass es Winfried Kretschmann wirklich wichtig ist, dass man das Buch gelesen und verstanden hat. Damit will ich nicht sagen, dass das Buch schwer zu verstehen ist. Er stärkt die Texte meist mit Beispielen aus der Gegenwart oder der Vergangenheit, zeigt auf, was zurzeit schief geht und aus was wir hätten lernen sollen, oder aus was wir schon gelernt haben. Es beschreibt Themen wie Klimawandel und Heimat, redet über Nation, Europa und die heimatliche Region. Auch Themen wie die soziale Marktwirtschaft und die Digitalisierung werden von seiner Seite aus betrachtet. Vor allem das neue Konservative ist ihm wichtig, er nennt es ein „Kind des Wandels“ und rät davon ab, es als eine in Stein gemeißelte Tatsache anzusehen. Es geht vor allem darum, die Werte und Vermächtnisse zu bewahren, nicht so die Strukturen wie die Machtpositionen oder die Privilegien. Nein, es geht darum, einen Werte-Konservatismus zu bewahren und zu fördern, so Winfried. Er bezieht sich immer wieder auf die Politik des „UNDS“. So sollte zwischen der Ökologie und der Ökonomie kein „oder“ stehen, sondern ein „und“. Es darf kein „oder“ geben zwischen Fortschritt und Tradition, Vielfalt und Zusammenhalt, Heimat und offener Gesellschaft, Freiheit und Sicherheit und vor allem nicht zwischen Region, Nation und Europa. Wenn er Themen wie Heimat oder Zusammenhalt erklärt, schreibt er nicht als Ministerpräsident, sondern als Bürger des Landes Baden-Württemberg. Er versteht die Ängste und Sorgen der Nation und versucht, diese auch nicht klein zu reden. So ist ihm bewusst, dass die Flüchtlingskrise für viele Menschen beängstigend erschien. Nur Sicherheit bringt Heimat und dafür muss die Politik sorgen, da bei einem Versagen der Politik viele Menschen den Glauben daran verlieren. Ihm ist bewusst, dass der Rechtspopulismus in Deutschland wieder stark wird. „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit, keine Toleranz den Feinden der Toleranz.“ Die Menschen sehnen sich nach Halt und Orientierung, schreibt er. Immer häufiger wird die Demokratie als solche hinterfragt und das Vertrauen zu den Parteien sinkt. Er schreibt

100 Jahre Frauenwahlrecht

ES IST NOCH LUFT NACH OBEN!

Dieses Jahr feiern wir hierzulande 100 Jahre Frauenwahlrecht. Welch eine Errungenschaft! Und dennoch mehren sich die Stimmen derer, die sich nicht so ganz darüber freuen können. Denn: Der Anteil von Frauen im Bundestag liegt aktuell nur bei knapp 30 %, ein Aufwärtstrend ist nicht zu verzeichnen. Und hier in Baden-Württemberg? Ein noch tristeres Bild. Mit nunmehr 24,5 % weiblichen Abgeordneten haben wir den niedrigsten Frauenanteil aller Landtage bundesweit. Wir Grünen sind die einzige Partei, die diesem Trend entgegenwirkt.

Um dagegen anzukämpfen, haben wir uns im Grün-Schwarzen Koalitionsvertrag 2016 darauf verständigt, das Landtagswahlrecht zu reformieren und ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste einzuführen. Unser Anliegen war es, die repräsentative Demokratie zu stärken: Mit neuen Gesichtern und Vielfalt wollten wir frischen Input für den Landtag sowie eine realitätsnähere Abbildung der Gesellschaft. Leider stellte sich die CDU-Fraktion im Ländle quer und wir müssen vorerst bei dem veralteten und ungerechten Modell bleiben.

Ungerecht vor allem deshalb, weil der Erfolg von Kandidaturen auch maßgeblich vom bereits erreichten Ansehen durch ein vorheriges Mandat abhängt. Wer also gewählt wurde, hat gute Chancen, wieder ins Parlament einzuziehen. Und da der baden-württembergische Landtag zu ca. 75 % männlich besetzt ist, wird das dieser Rechnung folgend auch so bleiben. Benachteiligung vererbt sich also. Ohne eine Veränderung des Wahlrechts spürbare Verbesserungen für weibliche Kandidierende? Unwahrscheinlich.

Das ist schmerzlich, denn es ist unsere historische Verantwortung, den Frauenanteil in den Parlamenten zu erhöhen. Man denke nur an all unsere Vorkämpfenden, Clara Zetkin oder Anna Blos, um nur ein paar wenige zu nennen. Sie alle erstritten unbeirrt und mutig für uns, wählen und kandidieren zu können sowie den bedeutenden Satz „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz zu implementieren. Doch wie wir sehen, ist der Anteil von Frauen in Parlamenten eher rückläufig.

Vorbildcharakter hat hier eindeutig Brandenburg, das Anfang 2019 eine Wahlrechtsreform beschloss. Das Parité-Gesetz ist wegweisend für mehr Gleichberechtigung in der Politik. Die Gesetzesnovelle verlangt von den Parteien, zunächst zwei getrennte Wahllisten für Männer* und Frauen* zu erstellen und

anschließend die eigentliche Wahlliste abwechselnd aus beiden Listen zusammenzustellen – ausgehend davon, wer den ersten Listenplatz erhält. Auch in Frankreich stehen Männer und Frauen abwechselnd auf den Listen. Eine andere Möglichkeit sind größere Wahlkreise mit je einem weiblichen und männlichen Kandidierenden.

Das brandenburgische Gesetz muss eine Signalwirkung haben. Denn es ist der richtige Schritt hin zu dringend benötigter Parität in der Politik und sozialer Repräsentativität. Und mehr noch: Es geht nicht nur darum, dass Frauen im Sinne einer Spiegelbildfunktion die Hälfte der Landtagsmandate bekommen, sondern auch ganz spezifisch darum, die Bedürfnisse und Interessen von weiblichen Mitbürger*innen vollwertig und responsiv zu vertreten. Wir Grünen haben schon lange ausgeglichene Listen in Bund und Ländern. Nun sind die anderen Parteien dazu aufgerufen, nachzuziehen und sich nicht weiter gegen Gleichberechtigung in Deutschland zu stemmen.

Es ist mir ein großes Anliegen, das Wahlrecht zu ändern und auf diese Weise Zetkin und Co. zu würdigen, ihr Erbe zu schätzen. Gelingt es uns nicht, auf Landes- und Bundesebene das Wahlrecht zu reformieren, werden Frauen weiterhin unterrepräsentiert sein und in der Folge ihre Interessen auch nicht auf die Weise vertreten, wie sie es verdient haben.



Thekla Walker ist stellvertretende Vorsitzende der Grünen Landtagsfraktion. Seit 2016 direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises 05 Böblingen.



gruene_jugend_bodo
Leipzig, Germany

Gefällt **gjortenaus** und 33 weiteren Personen



gjkonstanz
Konstanz

Gefällt **gruenejugendhd** und 52 weiteren Personen



gjortenaus
Leipzig, Germany

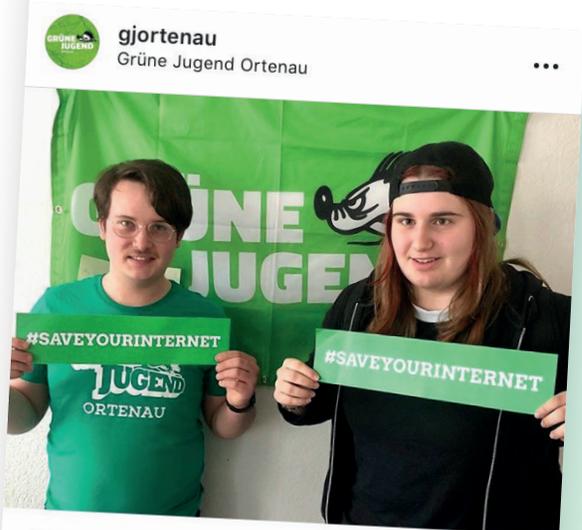
Gefällt **tiziopfaender** und 32 weiteren Personen



gjortenaus
Leipzig, Germany

Gefällt **patrick.haermeyer** und 92 weiteren Personen

gjortenaus Wir waren dieses **#Wochenende** in **#Leipzig** auf dem 52. **#Bundeskongress** der **#Grünejugend**. Wir stimmten bei der **#Mitgliederversammlung** über wichtige Dinge wie die **#Altersgrenze** ab. Außerdem gab es einige sehr informative **#Workshops** und **#Vorträge** von **@luisa.loveslife**, **@erikmarquardt** oder



gjortenaus
Grüne Jugend Ortenau

Gefällt **jeskotreiber** und 104 weiteren Personen



gj0711
Grüne Jugend Stuttgart

Gefällt **patrickvexler** und 41 weiteren Personen

gj0711 Kleiner Rückblick auf unsere Veranstaltung die vor einer Woche stattfand. Winfried Hermann, MdL war zu Gast und erzählte uns einiges über die

gruenejugendhd
Hambacher Wald



Gefällt lenacschwelling und 54 weiteren Personen

gruenejugendhd Auch wir waren gestern am Hambacher Wald, um gemeinsam mit circa 50.000

gruenejugendka
CSD Karlsruhe



Gefällt de_gedik und 46 weiteren Personen

gruenejugendka EQUALITY IS COMING 🌻🌈
#csd #gjka #gruene #gruenejugend #rainbow #equality #gaypower #karlsruhe

gjfreiburg



Gefällt nelsonfiola und 73 weiteren Personen

gjfreiburg Hambi bleibt!

gruenejugendbw
Leipzig, Germany



Gefällt de_gedik und 95 weiteren Personen

gruenejugendlb
Bahnhof Ludwigsburg



Gefällt gjortenau und 29 weiteren Personen

gruenejugendlb // Friday's for future // Die Begeisterung, die es momentan für den Umwelt- und Klimaschutz gibt, ist einfach unglaublich! Von wegen die junge Generation ist so unpolitisch- wir sind diejenigen, die handeln! Lasst uns weiter einstehen für: Die Reduzierung der Treibhausgasemissionen, den Kohleausstieg, den klimaneutralen Verkehr, eine nachhaltige

gj0711
Stuttgart, Germany



Gefällt nelsonfiola und 69 weiteren Personen

gj0711 Gestern waren wir gemeinsam mit den Grünen Stuttgart auf dem



1. Eine Avocado auslöffeln
und in den Mixer geben.

2. Banane, Kakaopulver,
Kokosblütenzucker und
Kokosmilch hinzufügen. Alle
Zutaten auf höchster Stufe
cremig mixen.

3. Das Mousse mit etwas
Agavendicksaft süßen,
anschließend mit Früchten
und Schokoladensplittern
garnieren.

4. Genieße das einfache,
vegane und sogar
gesunde Dessert!

Zutaten für eine Portion

- 1** reife Avocado
- 1** reife Banane
- 20 g** Kakaopulver
- 2 TL** Kokosblütenzucker
- 150 ml** Kokosmilch mit hohem Fettanteil
- Etwas** Agavendicksaft

Veganes Mousse au Chocolat

REZEPTIDEE

Landesmitgliederversammlung

Wir sind der Wandel

Die Zukunft gehört uns jungen Menschen. Wir sind diejenigen, die in 30 Jahren mit den heute getroffenen Entscheidungen leben müssen. Folglich müssen wir uns fragen: Wie wollen wir im Jahr 2050 leben? Was muss sich ändern, um ein friedliches Zusammenleben für alle Menschen zu ermöglichen? Antworten und Visionen formulierten wir auf der Landesmitgliederversammlung vom 07. bis zum 09. Dezember 2018 in Freiburg, denn wir dürfen die Verantwortung für den notwendigen sozial-ökologischen Wandel nicht abgeben.

Aber halt, Stopp! Darf ich da überhaupt mitreden? Ich bin neu und kenne mich doch gar nicht so gut aus. Habe ich als Neumitglied unter all den erfahrenen Politikbegeisterten überhaupt eine Stimme? Darüber grübelte ich auf dem Weg zu meiner ersten Landesmitgliederversammlung. Während der Zugfahrt blätterte ich durch meinen LMV Reader, "Wandel findet Stadt – Leben 2050" lautete das Motto. Wandel findet statt. Aber wo und wie können wir darauf Einfluss nehmen?

Als ich endlich angekommen war, stand ich etwas unbeholfen vor der Freiburger Jugendherberge, wohlgerichtet am Rande der Stadt. Dieser Ort erinnerte mich an ein Bild unserer Gesellschaft. Nicht alle Menschen sind Teil des Wandels. Regionen sind abgehängt. Menschen erleben täglich Ausgrenzung. Wie können wir auch diese Teile unserer Gesellschaft erreichen? Wir müssen Maßnahmen für eine ökologische und gerechte Zukunft für alle Bürger*innen neu diskutieren. Hier am Rande von Freiburg ist vielleicht genau der richtige Ort, um diesen Wandel anzustoßen. Es war Freitagnachmittag und nicht gerade Wetter, das einem gute Laune machte. Dennoch begegnete ich gleich fröhlich motivierten Menschen, die mir ein Lächeln ins Gesicht zauberten. Sie waren wohl nicht zum ersten Mal bei einer Landesmitgliederversammlung. Eine junge Frau fragte mich, wer ich sei. Ich antwortete: „Ich bin neu“. „Ähm, Ich bin Emma“, fügte ich schnell hinzu. Sie begrüßte mich herzlich und wies mich darauf hin, dass ich mich doch selbstbewusst bei meinem Namen vorstellen sollte. Dass ich neu war, spielte erstmal keine Rolle. Das war wohl der erste Hinweis darauf, dass es egal ist ob du unerfahren oder erfahren bist. Es zählt allein ob du etwas bewegen und dich dafür einbringen willst.

Oben im Aufenthaltsraum sprach ich einen ebenso hilflos aussehenden jungen Mann an. Ich erfuhr, dass er ebenfalls Neumitglied war. Yuhu! Nun fühlte ich mich schon nicht mehr so alleine. Im Laufe des Abends trafen rund 70 junge und motivierte Menschen ein. Darunter waren zahlreiche weitere Neumitglieder der Grünen Jugend Baden-Württemberg. Der Zuwachs im letzten Jahr sei erstaunlich hoch gewesen. Von wegen Politikverdrossenheit, es steckt Bewegung in der jungen Generation.

Gespannt auf das kommende Wochenende, lauschte ich der Begrüßung durch den Landesvorstand. Anschließend trafen sich alle Neumitglieder zur Vorstellungsrunde. Beim Kaffeeklatsch durften wir den langjährig Aktiven unvoreingenommen Löcher in den Bauch fragen. Ich spürte die lockere Atmosphäre und die Energie, welche die jungen Menschen versprühten. Schnell merkte ich was die Menschen verband: Den Drang zum Wandel. In mir kam das brennende Gefühl auf, gemeinsam etwas verändern zu können.

Das Abendprogramm war bunt gefüllt. Zu Beginn interviewte unsere Landessprecherin Lena Schwalling den ehemaligen Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon. Er sprach über seine Herausforderungen und Erfahrungen in grüner Kommunalpolitik. Im Frauen und Genderpolitischen Austausch zum Thema "Care Revolution" erhielten wir die ersten inhaltlichen Impulse im Bereich Pflege und Gesundheit. Ein junger Auszubildender aus der Krankenpflege erzählte eindrucksvoll von seinen täglichen Erlebnissen. Obwohl ihn der Beruf eigentlich total erfülle, dominiert die tägliche psychische Belastung bei immensm Personalmangel. Die derzeitigen Arbeitsbedingungen machen es unvorstellbar, den Beruf ein Leben lang ausführen zu können. Uns wird klar, wie sehr die Politik in der Verantwortung steht. Care-Arbeit darf nicht länger auf Profit ausgelegt sein. Sie muss in erster Linie die Bedürfnisse der Menschen im Blick haben. Im Zuge des demographischen Wandels wird die Pflegearbeit immer wichtiger. Ein weiterer Grund herauszufinden, wie das aktuell noch überwiegend von Frauen ausgeübte Berufsfeld attraktiver und gerechter gestaltet werden kann. Nach dem ersten inhaltlichen Austausch lernte ich bei einer Kneiptour mit der GJ Freiburg die anderen Mitglieder besser kennen. In interessanten Gesprächen tauschte ich mich über politische Beteiligungsmöglichkeiten aus.

Am Samstag starteten wir mit den üblichen (mir aber noch völlig unbekannt) Formalien in den Tag. Kurz zurück zu meiner eingangs gestellten Frage, ob ich hier überhaupt eine Stimme haben würde? Die Antwort lautete: Ja klar, auch als Neumitglied habe ich ein gleichwertiges Stimmrecht. Mit eigener Stimmkarte werde ich in den Wahlprozess eingeführt. Nach lebendigen Bewerbungsreden und quotierten Wahlgängen erhielt der Landesvorstand zwei neue Beisitzer*innen. Die Zitro-Redaktion und der Koordinationskreis Bildung wurden neu gewählt sowie ein Platz im Schiedsgericht nachgewählt.

Wandel findet Freiburg

In Form von Exkursionen durch Freiburg widmeten wir uns unserem Schwerpunktthema. Das Stadtquartier der Zukunft könnte dem Freiburger Viertel "Vaubon" ziemlich ähnlich sehen. Bei einem Rundgang wurde uns gezeigt, wie nachhaltig und ökologisch gebaut wird. Das Quartier verfügt über Plusenergiegebäude. Durch energieeffiziente Architektur und Solarzellen auf den Dächern wird überschüssige Energie ins System einspeist. Kollektive Bau- und Wohnformen, Grünflächen, Parkplätze nur am Rande des Quartiers, Barrierefreiheit und regionale Einkaufsläden sind hier Standard – so stellen wir uns Wohnen in Zukunft vor. Anschließend setzten wir uns in verschiedenen Workshops mit den Themen „Wem gehört die Stadt?“, „Von wegen Mainstream: Kulturoasen schaffen“ und „Energiesysteme der Zukunft“ auseinander. Ich entschied mich für Letzteres, denn für eine saubere Umwelt sowie ein intaktes Klima müssen wir umdenken. Wie können wir mit einer radikalen Energiewende die Klimakrise bekämpfen? Wir sammelten Lösungsstrategien für die Energieversorgung in den Städten der Zukunft.

Wandel findet Wirtschaft

Wir müssen weg vom rein gewinnorientierten Denken und hin zu einer Wirtschaft, welche Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsschutz im Blick hat. Die reine Ausrichtung an ökonomischen Parametern ist überholt. Ob die Gemeinwohlökonomie hier die richtigen Antworten bietet, diskutierten die Teilnehmer*innen unserer öffentlichen Podiumsdiskussion. Lothar Galow-Bergemann (Emanzipation und Frieden), Jens Metzger (Gemeinwohlökonomie Baden-Württemberg) und Heike Müller (Geschäftsführerin der auf Gemeinwohlökonomie basierten Vinzenz GmbH) verteidigten vehement ihre Positionen. Am Ende zog jeder sein persönliches Fazit und gewann neue Sichtweisen auf gemeinwohlorientiertes Wirtschaften.

Politik und Party

Unsere Köpfe waren vollgepackt mit neuen Erkenntnissen und Zukunftsvisionen. Deshalb war Zeit für ein bisschen Abwechslung. So verbrachten die einen den Abend gemütlich bei Gesellschaftsspielen in der Jugendherberge, die anderen tanzten sich in einem der Freiburger Clubs den Kopf frei. Mein Irrglaube, politisch interessierte Menschen würden nie Party machen, war widerlegt. Ich stellte beruhigt fest, die Mitglieder der Grünen Jugend sind auch nur junge Menschen, die nachts auf der Tanzfläche abgehen. Wer feiern kann, kann aber auch früh aufstehen. Party ist kein Grund am nächsten Tag den Kopf in den Sand zu

stecken. Es wird wieder junge grüne Politik gemacht. Wir widmeten uns diversen Anträgen, Abstimmungen und Wahlen. Der inhaltliche Antrag über ausschließlich vegane Ernährung auf allen Veranstaltungen der Grünen Jugend wurde besonders kontrovers diskutiert. Bei einigen starken Gegenreden, gab es am Ende eine deutliche Mehrheit für den Antrag „Vegan is(s)t besser“. Zum Abschluss gab der Landesvorstand einen kleinen Ausblick auf die Kommunalwahlen. Es folgte die aktuelle Aussprache sowie die Jahresbilanz zu den Finanzen.

Wandel findet uns

All die Themen, welche wir im Laufe des Wochenendes intensiv behandelt hatten, konnten nun im Leitantrag gebündelt werden. Wir machten deutlich, dass wir in Zukunft in sozial durchmischten, klimaneutralen Städten leben wollen. Unsere Wohnorte sollen lebendig sein. Das Leben findet draußen statt. Wir müssen enger zusammenzurücken, weniger besitzen und mehr teilen. Eine flächendeckende Digitalisierung erleichtert und ermöglicht diese Lebensweise. Umbrüche in der Gesellschaft dürfen nicht tot geschwiegen werden. Probleme müssen diskutiert und nach Lösungen gesucht werden. Wir müssen jetzt die Weichen für unsere Zukunft stellen. Jetzt aktiv werden um den Kommunen zu zeigen, wie wir 2050 leben wollen. Die steigende Zahl an Neumitgliedern zeigt, dass Energie für einen Wandel in unserer jungen Generation steckt. Mehr Menschen trauen sich ihre Stimme zu erheben. Sie streiken fürs Klima, gegen das Nichtstun der Bundesregierung, für einen ökologischen Wandel. Es braucht Mut und Geduld, sich gegen Widerstand einzusetzen. Nur weil ich mich nicht in jedem Themenfeld perfekt auskenne ist das kein Grund leise zu bleiben. Wir haben die Möglichkeit uns auszutauschen, mit jeder Erfahrung dazuzulernen. Am Anfang war jeder mal neu, unsicher und fremd.

Die Antworten und Lösungen auf die drängendsten Fragen unserer Zeit können wir nur im europäischen und globalen Austausch bewältigen. Unsere Kommune der Zukunft ist ein weltoffenes Dorf. In einer Gemeinschaft weltoffener, solidarischer und europäischer Menschen ist es möglich etwas zu verändern. Egal, ob unerfahrene oder langjährig aktive Mitglieder, nur zusammen können wir den Wandel anstoßen. Jeder einzelne kann sich daran beteiligen. Ich habe jetzt das Gefühl einen Ort gefunden zu haben, an dem Wandel statt findet. Ich habe Menschen gefunden, die den Wandel diskutieren. Seien wir gemeinsam der Wandel, den wir uns in der Welt wünschen.



Emma ist seit Herbst 2018 Mitglied der Grünen Jugend. Sie berichtet von ihrer ersten Landesmitgliederversammlung und ihren Erfahrungen als Neumitglied. Gerade wurde sie zur Sprecherin der Ortsgruppe Rastatt / Baden-Baden gewählt, welche sie wieder aufgebaut hat.

Pro & Contra.

PRO UND CONTRA

WARUM WIR DEN BEGRIFF HEIMAT
POSITIV BESETZEN MÜSSEN UND ER
NICHT DEN RECHTEN GEHÖRT

Heimat ist zum politischen Kampfbegriff geworden. Rechte Propaganda versucht, ihn gegen Vielfalt und Solidarität zu instrumentalisieren. Ihr politischer Arm, die AfD, macht vor allem durch Sprache Politik. Wir Grüne sind aus vollster Überzeugung der Gegenpol zu dieser spaltenden, rückwärtsgewandten und gefährlichen Politik. Das zeigt sich in unseren Inhalten. Aber eben auch darin, welche Worte wir verwenden. Darum: Besetzen wir den Heimatbegriff und überlassen ihn nicht den Rechten! Viele Menschen verbinden mit Heimat etwas Positives. Diese Menschen wollen wir ansprechen und politisch vertreten. Heimat ist subjektiv, bunt und schön. Kein Staat der Welt kann erzwingen, dass sich Menschen heimisch fühlen. Für manche ist Heimat dort, wo sie sich wohl fühlen. Für andere, wo ihre Familie lebt und gute Freunde. Bei jeder ist die Heimat anders. In einer komplexen und unübersichtlichen Welt, einer ausdifferenzierten Gesellschaft mit unterschiedlichen Lebensweisen gibt es ein gestiegenes Bedürfnis nach Halt, Vertrautheit und gemeinsamer Identifikation. Heimat bedeutet Geborgenheit. Heimat bietet Halt. Peter Unfried fasst es schön zusammen: Der oftmals gefühlte Heim-mat-ver-lust ist im Kern ein Ich-Wir-Verlust. „Es geht nicht um das Fehlen von Volks-mu-sik, Natur oder des Schweins-bra-tens von der Oma: Es geht darum, dass man sich selbst nicht mehr als Teil von etwas sieht und ver-or-ten kann.“

Die Sehnsucht nach Heimat ist damit zutiefst politisch. Wenn Menschen sich nicht mehr als Teil einer Gemeinschaft fühlen, kommunizieren, verhalten sie sich, wählen sie anders. Nicht umsonst wird die Heimat oft von Rechten genutzt, um ein „Wir“ gegen „Die“ zu konstruieren. Aber Heimat grenzt niemals aus. Wir Grüne wollen den Menschen Heimat ermöglichen, ohne sie überzustülpen. Wir wissen, dass wir das Gefühl nicht erzwingen können. Aber wir können es fördern. Grüne Politik macht Heimat leicht. Indem sie natürliche Lebensgrundlagen schützt und die Umwelt erhält. Und indem sie Institutionen und Infrastrukturen

der Gesellschaft stärkt, die dem Einzelnen Chancen und Teilhabe garantieren. Der Klimawandel bedroht unsere Heimat. Darum ist für uns Grüne der Erhalt unserer Landschaft, deren biologische Vielfalt und Schönheit eine tragende Säule, Heimat zu erhalten. Und Heimat entsteht vom „Ich“ im „Wir“. Heimat braucht Dabeisein, Drinsein, Dasein. Anders ausgedrückt: Heimat braucht Teilhabe. Teilhabe am Maibaumaufstellen, an der Abendvesper des Kirchenchors oder dem Frühlingsfest. Teilhabe durch Einkaufen gehen können vor Ort, den nächsten Arzt erreichen, arbeiten. Auch Arbeiten können, weil die Kinder gut betreut sind. Teilhabe durch Mobilität, durch Sicherheit oder einfach, weil Ehrenamtliche Geflüchteten die Hand reichen. Deshalb treiben wir Grüne den Ausbau guter Kita-Plätze voran, schaffen mit der Gemeinschaftsschule gerade im Ländlichen Raum die Erreichbarkeit aller Schulabschlüsse in gangbarer Nähe und streiten für die Anerkennung der Breitbandversorgung als Daseinsvorsorge.

In der Politik und im Kampf gegen Rechts ist Sprache ein mächtvolles Instrument. Nutzen wir es. Für ein buntes, solidarisches und zukunftsfähiges Baden-Württemberg. Unsere Heimat.



Sandra Detzer ist seit 2016
Landesvorsitzende von
Bündnis90/Die Grünen
Baden-Württemberg.

Sandra

ÜBERLASST DEN RECHTEN NICHT EURE HEIMAT – ABER HEIMATKAMPAGNEN!

Früher verpönt, heute kann er nicht oft genug eingebaut werden: Der Heimatbegriff ist längst bei Bündnis'90/ Die Grünen angekommen bzw. hat hier sogar neuen Schwung für seine Popularität gefunden, indem insbesondere Robert Habeck den Begriff „nicht der AfD überlassen“ möchte, sondern ihn mit „unseren Geschichten füllen“ will.¹ Doch...

...was ist Heimat eigentlich?

Wenn die NPD „Heimat verteidigen“ plakatiert und die AfD es ihr mit „Unser Land, unsere Heimat“ und „Heimat statt Multikulti“ nachahmt ist wohl eindeutig, dass ‚Heimat‘ hier Identität durch Abgrenzung bedeutet, dass sie ein „Wir“ bilden soll, welches davon lebt, dass es ohne „die Anderen“ existiert. Letztlich verkommt ‚Heimat‘ zu einem Euphemismus von „Deutschland den Deutschen“. Ich erinnere mich aber an eine Diskussion mit befreundeten Menschen aus der GJ über ‚Heimat‘, in der ganz unterschiedliche Definitionen des Begriffs zutage kamen: Für die Eine war es ein ortsgebundener Begriff, für den Anderen war es nicht gleich der Herkunft, sondern ein philosophisches Konzept, das beschreibt, wo man sich selbst sieht und für mich ist Heimat dort, wo Menschen sind, die ich als Familie bezeichnen kann – ganz unabhängig davon, ob ich dort geboren oder aufgewachsen bin. Laut einer Forsa-Umfrage von 2018 empfinden manche Menschen auch die kulturelle oder religiöse Verbundenheit als Heimat, andere auch die Nation Deutschland insgesamt.² Es stellt sich also heraus: Heimat ist etwas sehr individuelles. Selbst wenn viele Menschen jetzt also über denselben Begriff reden, werden sie immer Unterschiedliches verstehen. Können wir unter diesen Umständen also...

...Heimat links framen?

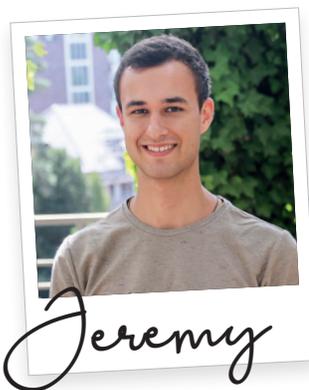
Will man einen Begriff „um“-framen, muss zunächst seine gegenwärtige Bedeutung klar sein. Dies ist bei „Heimat“ ganz offensichtlich nicht der Fall. Trotzdem ist scheinbar allen bewusst was damit gemeint ist, wenn beispielsweise Robert Habeck davon spricht den Rechten diesen Begriff nicht überlassen zu wollen. Das hat einen Grund: Bisher hat nur das rechte Spektrum diesen Begriff politisch instrumentalisiert. So individuell der Begriff im Privaten definiert ist, so eindeutig war seine Bedeutung in der politischen Diskussion: Ausgrenzend. Genau da soll angesetzt werden und ‚Heimat‘ in der politischen Debatte als eine solidarische Gemeinschaft, in der jede*r sich geborgen fühlt, etabliert werden. Wer aber könnte die Zielgruppe eines solchen progressiven Heimat-Framings sein? Die Rechten selbst werden wir wohl kaum plötzlich von Weltoffenheit überzeugen, nur weil wir „deren“ Slogan mit einbauen. Auch Linke werden von dem Wort erst einmal verschreckt, egal welche Definition wir daneben setzen. Zielgruppe kann nur „die Mitte“ sein, die keinem politischen Lager zugehört und deshalb potentiell sowohl von einem rechten als

auch von einem progressiven Heimatbegriff angesprochen werden könnte. Theoretisch logisch. Praktisch aber genauso unmöglich wie unnötig: Wie bereits festgestellt ist „Heimat“ ein höchst-individuelles Gefühl. Wir können den Menschen keine progressive Heimatdefinition überstülpen und davon ausgehen, dass sie nun dies oder jenes denken, wenn sie sich nach Heimat sehnen oder heimisch fühlen. Das ist aber auch nichts Schlechtes: Denn die Rechten können das genauso wenig – wenn NPD und AfD von Heimat sprechen, dann wussten die Menschen in den allermeisten Fällen, dass nicht „ihre“ Heimat gemeint ist, jedenfalls solange sie nicht ohnehin die ausgrenzende Definition in sich tragen, also selbst dem rechten Spektrum angehören. Was passiert also, wenn wir den Heimatbegriff politisch nutzen ohne ihn einheitlich links framen zu können? Es bleibt die Nutzung des Begriffs als solches. Der Begriff, in den sich jede*r wie beschrieben etwas Eigenes hineininterpretiert, ist dabei nicht das Schlechte; die Nutzung ist es: Wir etablieren diesen Begriff in der politischen Debatte – wir machen ihn politisch salonfähig. Anstatt den Menschen also eine progressive Heimatvariante anzugewöhnen, bleibt bei den Menschen vielmehr hängen, dass Heimat in der politischen Debatte ein unkritischer Begriff sei. Wir bringen ihnen bei, keine Berührungängste mehr mit dem politischen Heimatbegriff zu haben – wir ermöglichen in letzter Konsequenz, dass sie auch in das „Heimat schützen“-Plakat der NPD ihre Heimat hineininterpretieren können. Eine direkte Folge der neueren Heimatdebatte ist zum Beispiel die Schaffung eines Heimatministeriums. Was ist also...

...der richtige Umgang mit der ‚Heimat‘?

Wenn es vorher als Grüne*r hieß den Begriff „Heimat“ unter keinen Umständen zu verwenden, ist neuerdings gefühlt ein Wettbewerb ausgebrochen ihn in möglichst vielen Kampagnen und Reden einzubauen. Beides ist falsch: Wir sollten den Heimatbegriff nicht totschweigen, wir sollten ihn aber auch nicht hofieren. Wir sollten die Rechten gezielt angreifen und ihren Heimatbegriff als das entlarven, was es ist: „Deutschland den Deutschen“ – ein Begriff der Ausgrenzung, den niemand in der Mitte folgen kann und will. Gleichzeitig sollten wir ihn im grünen Kontext aber ruhen lassen. Dieser Begriff gehört ins Private und nicht in die Politik. Die Rechten, die sich an ihm abarbeiten, können sich damit ruhig weiter selbst stigmatisieren; wir sollten ihnen nicht den Gefallen tun und ihre Kampagnen für die Mitte der Gesellschaft gangbar machen.

1 faz.net/aktuell/politik/inland/f-a-z-exklusiv-gruenen-politiker-habeck-will-begriff-heimat-nicht-afd-ueberlassen-15234654.html
2 presseportal.de/p/m/72.183/3888454



Jeremy Zgrzebski war von 2018 bis 2019 Sprecher der GJ Freiburg.

Ausbildung

GUTE ENTSCHEIDUNG ODER SACKGASSE?

Sich nach der Schule für eine Ausbildung zu entscheiden wird in Baden-Württemberg immer seltener. Die Wahl für eine Ausbildung statt für ein Studium oder ein soziales Jahr wird immer mehr angezweifelt und hinterfragt, doch woran liegt das? Und wie sind die Fakten?

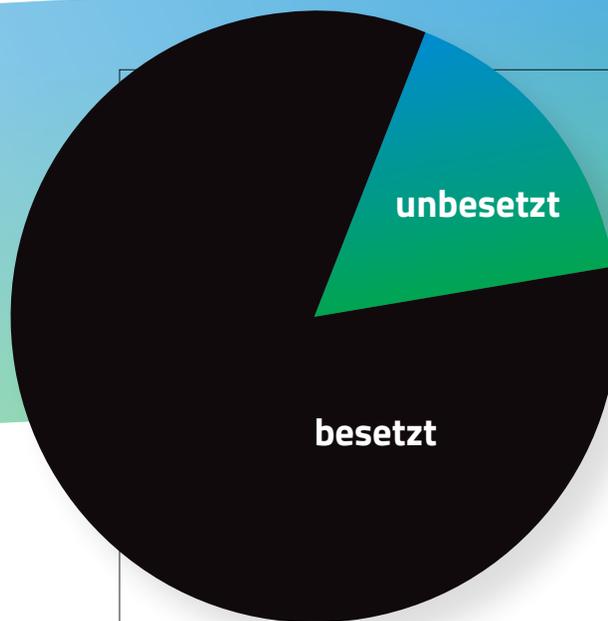
2018 sind 46.295 Jugendliche in eine gewerblich-technische oder kaufmännische Ausbildung gestartet, das sind 1,7 % mehr als noch 2017.¹ Das Handwerk-BW nennt in einer Pressemitteilung, dass nur im Handwerk knapp 20.000 neue Ausbildungsverträge unterzeichnet wurden.² Allein in Stuttgart haben 10.782 Azubis ihre Lehre begonnen, was einem Zuwachs von 1,3% entspricht.¹ „Diese positive Entwicklung verdanken wir dem hohen Einsatz der Betriebe, die attraktive Ausbildungsangebote für ganz unterschiedliche Interessen und Talente anbieten“, sagt die Vizepräsidentin der BW IHK und die Präsidentin der IHK Stuttgart Marjoke Breuning. Lobenswert hervorzuheben ist hier, dass es einen Zuwachs von fast 30 % bei den Geflüchteten gibt, welche 2018 nun einen Ausbildungsberuf in Baden-Württemberg begonnen haben. In Deutschland anzukommen und beruflich Fuß zu fassen, ist für Geflüchtete meist schwer. So sei eine duale Ausbildung eine ausgezeichnete Basis, so Breuning. Sie freut sich auch, dass so viele Betriebe aktiv und konkret bei der Integration helfen und diese so mitgestalten. Trotz dieser guten Bilanz 2018 bleiben 9.000 Lehrstellen unbesetzt.

Um den Betrieben beim Fachkräftemangel zu helfen und deren Meinung einzuholen, wurden bundesweit 10.335 Unternehmen zum Thema Aus- und Weiterbildung befragt, davon 1.674 in Baden-Württemberg. Die Aussagen im folgenden Abschnitt beziehen sich auf die 355 Unternehmen, welche aus Stuttgart an der Umfrage teilgenommen haben.

Die Besetzung der Lehrstellen ist immer noch schwierig. So bleiben in mehr als jedem vierten Unternehmen die Ausbildungsplätze unbesetzt, was zur Folge hat, dass es für die Betriebe schwer ist, sich über eine Ausbildung Fachkräfte zu sichern. Doch

so gerne die Unternehmen die Ausbildungsplätze vergeben würden, viele stehen meist ohne Bewerbung da. Man darf jedoch nicht alle Branchen über einen Kamm scheren. Zwar wird es im Handel mit der Vergabe der Ausbildungsplätze schwieriger und auch Banken und Versicherungen haben weiterhin Probleme, jedoch wird die Ausbildungssituation auf dem Bau besser. „Die Kammern werden nicht nachlassen, deutlich zu machen, dass eine duale Ausbildung eine tolle Chance für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben ist“, so Breuning. Die Unternehmen packen den Ausbildungsmangel an. So wird in vielen Unternehmen das Ausbildungsmarketing verbessert und das Angebot an Praktika aufgestockt. Es werden neue Bewerbergruppen erschlossen, wie zum Beispiel Studienabbrecher oder Flüchtlinge. Auch müssen die Unternehmen immer mehr mit finanziellen Anreizen werben. Auf Grund des Bewerbermangels geben viele Betriebe nun zu gerne auch leistungsschwächeren Schulabgängern eine Chance. So geben 4 von 5 Unternehmen an, dass sie diese leistungsschwächeren Jugendlichen fördern oder integrieren, sie bieten im Betrieb Nachhilfe an oder nutzen ausbildungsbegleitende Hilfen der Agentur für Arbeit. Allerdings müssen die Betriebe auch eng mit den Berufsschulen zusammenarbeiten. Und obwohl die Betriebe die Arbeit der Schule würdigen, zeigt sich, dass sie sich eine bessere Kommunikation wünschen würden und weniger Unterrichtsausfall. Da viele Unternehmen einen jungen Menschen ausbilden, um ihn später als Fachkraft einzustellen, ist die betriebliche Weiterbildung auch nach einer Lehre von großer Bedeutung. Durch solche Fortbildungen sichert sich der Betrieb seine Leistungsfähigkeit. Meist werden firmeneigene Seminare angeboten oder man setzt auf selbstgesteuertes Lernen.³

Nach der Befragung lassen sich Schlüsse ziehen, warum ein Mangel an Bewerbungen vorliegt. Zum einen fehlen schlicht die Fachkräfte. Wie oben genannt, würden Unternehmen gerne ausbilden, bekommen aber einfach keine Bewerbung zugeschickt. Ebenso gibt es Passungsprobleme am Ausbildungsmarkt. Das bedeutet die Branche wie auch die Region haben Einfluss auf den Ausbildungsmarkt. So ist der Bedarf immer unterschiedlich



AUSBILDUNGSPLÄTZE

und nicht immer passen Angebot und Nachfrage zusammen. Das Angebot auf dem ländlichen Raum ist oft größer, aber die Nachfrage geringer. Was zu einem weiteren Punkt führt: die Herausforderung der Lehrlingssicherung im ländlichen Raum. So sind Themen für die Wahl der Ausbildung auch abhängig von der Region und dessen Verkehrsanbindung, der Grundversorgung, dem Gesundheitssystem und der Bildung. Und vielleicht genau deshalb möchte der Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold allen, die noch auf der Suche nach einer Stelle sind oder die sich noch nicht sicher sind was zu ihnen passt, ermutigen sich im Handwerk umzusehen. „Denn hier gibt es über 130 spannende Ausbildungsberufe; viele davon arbeiten längst mit modernen, digitalen Techniken. Die Zukunftsaussichten könnten nicht besser sein. Mit Sicherheit kann im Handwerk jeder Jugendliche genau den Beruf finden, der zu seinen Fähigkeiten passt und ihm Spaß macht.“

Nach all diesen Zahlen und Fakten möchte ich noch kurz meine Meinung zu diesem Thema äußern. Ich selbst mache eine Lehre und werde diese hoffentlich noch dieses Jahr abschließen. Ich möchte hier niemanden persönlich angreifen oder verletzen, da ich der Meinung bin, dass jeder Mensch seinen Weg gehen sollte. Ich wünsche mir nur, dass wir nicht die Augen vor den Zahlen verschließen und uns informieren. In einer so schnelllebigen Zeit wie der heutigen und mit den vielen Möglichkeiten, kann ich verstehen, dass viele sich überfordert fühlen und sich mit dem „Danach“ gar nicht auseinandersetzen möchten. Dank G8 sind die meisten Abiturienten gerade 18 Jahre alt, wenn überhaupt und sich mit 18 schon für einen beruflichen Werdegang zu entscheiden, scheint schwer. Viele Jugendliche sehen in einer Ausbildung eine Sackgasse. Sie haben die Vorstellung, dass man nach dem Beenden der Lehre für immer in diesem Beruf bleiben müsste. Sie sehen die Möglichkeiten und Chancen gar nicht! Für alle, die sich lernbereit zeigen, bieten der Staat oder die Unternehmen Weiterbildungen an. In vielen Lehrberufen kann man sich den Meister oder Fachwirt erarbeiten. Auch ein späteres Studium ist möglich. Eine Ausbildung ist lange keine Sackgasse, sondern eine

gute Chance im Berufsleben Fuß zu fassen. Um mich als Beispiel zu nennen: ich werde 22 sein, wenn ich meine Ausbildung abschließe, mir stehen noch alle Türen offen. Ich würde allen, die sich noch nicht wirklich sicher sind, was sie gerne werden möchten, raten: bewirbt euch um Praktika, schaut ins Handwerk oder in sonstige Lehrberufe rein, testet alles was euch interessiert und findet heraus, ob dies oder jenes euch Spaß machen würde oder eben nicht. Lasst euch auch nicht in euren beruflichen Werdegang reinreden, immerhin müsst ihr in diesem Beruf arbeiten. Es sollte sich niemand vor einer Ausbildung scheuen, denn die Zukunftsaussichten nach einer Ausbildung könnten nicht besser sein!



Ich bin Nina Nüble 22 Jahre bin seit Frühling 2018 Mitglied in der Grünen Jugend wurde in der LMV im Winter 2018 zur Zitro Redakteurin gewählt und bin seit Januar diesen Jahres Sprecherin der Ortsgruppe Waldshut.

- 1 <https://www.bw.ihk.de/veroeffentlichungen/pressemitteilungen/pressemitteilungen-container/Ausbildungsbilanz-BW-BWIHK-2018>
- 2 https://www.handwerk-bw.de/fileadmin/media/pm-2019/03_PM_Ausbildungszahlen_2018.pdf
- 3 <https://www.stuttgart.ihk24.de/Fuer-Unternehmen/Fachkraefte-und-Ausbildung/Ausbildung/Ausbildungsbetriebe/Ausbildungs-umfrage/670840>

We don't need no hesitation!

Ein Blick auf #fridaysforfuture

DER KAMPF UM KLIMAGERECHTIGKEIT MUSS DAS 21. JAHRHUNDERT BESTIMMEN

Man traut sich fast nicht, diesen Satz zu schreiben. Aber es stimmt: Fridays for future sind die größte, dezentrale Bewegung, die es in der Menschheitsgeschichte jemals gab. Noch nie waren so viele Menschen an so vielen unterschiedlichen Orten auf allen Kontinenten der Erde auf der Straße: über 1,5 Millionen Menschen am 15. März 2019. Möglich durch das Internet. Damit zeigt FFF einmal mehr das Potenzial, das in unserer Zeit der globalen Hyperkommunikation liegt, das durch das Internet und Social Media aufgekommen ist. Während Facebook und Twitter zugehäuft werden von Hasskommentaren gegen die zumeist weiblichen Klimaaktivistinnen, kommuniziert die junge Klimabewegung über WhatsApp und Instagram – im geschützten Raum, meist abseits der rechten Trolls.

Nichts geht ohne uns

Fridays for future leitet damit im besten Fall eine Zeitenwende ein. Während sich die internationale Staatengemeinschaft nach Jahrzehnten der Verhandlungen im Jahr 2015 endlich auf das Pariser Klimaabkommen geeinigt hat, tragen Konservative, pseudoliberalen und sozialdemokratische Kräfte in Europa zwar gerne die Ziele vor sich her. Sie scheuen sich aber, einschneidende politische Veränderungen einzuleiten, die wir dringend brauchen. Das Pariser Klimaabkommen ist nichts wert ohne eine Zivilgesellschaft, die mit aller Kraft den Klimawandel aufhalten möchte. Diese Zivilgesellschaft regt sich endlich: Es sind nicht nur Hunderttausende FFF-Aktivist*innen, es sind genauso tausende ENDE GELÄNDE Held*innen, die seit 2014 Kohlekraftwerke blockieren und damit die Grenzen des Legalen, aber nicht des Legitimen überschreiten. Sie werden in die Geschichte eingehen.

What do we want? Climate Justice!

Das 21. Jahrhundert wird und es muss im Zeichen der globalen Klimagerechtigkeit stehen. Klimagerechtigkeit – das bedeutet eine Abkehr vom unendlichen Ressourcenverbrauch reicher Staaten hin zur Umverteilung vom Recht, die Erde zu ver-

schmutzen. Wir sind radikal demokratisch. Wir wollen, dass jeder Mensch auf der Erde das gleiche Recht auf ein gutes Leben hat. Um das zu erreichen, ist es unumgänglich, dass wir in einer der wirtschaftsstärksten Regionen der Welt weniger Ressourcen verbrauchen und Menschen in ärmeren Ländern dafür zugestehen, mehr verbrauchen zu dürfen. Technische Innovationen werden auf diesem Weg helfen. Wer aber glaubt, dass unsere „soziale“ Marktwirtschaft, die im großen Stil auf Wachstum und Profitmaximierung angelegt ist, nur ein Öko-Update braucht, irrt gewaltig. Genau das meint auch Greta Thunberg, die mit ihren 16 Jahren zum Gesicht der weltweiten Schüler*innenstreiks geworden ist: „Ihr sprecht nur von einem grünen, unendlichen Wachstum, weil ihr Angst habt, euch unbeliebt zu machen. Ihr wollt mit den gleichen schlechten Ideen weitermachen, die uns überhaupt erst in diese Krise geführt haben.“

Immerhin – wenn Fridays for future es schafft, wenigstens einen früheren Kohleausstieg, riesige Investitionen in den Öffentlichen Verkehr oder ein Ende der Massentierhaltung einzuleiten, sind wir schon einen riesen Schritt weiter. Wir sollten aber ein ganz großes Fragezeichen hinter das grüne Ansinnen setzen, den Kapitalismus mit der Ökologie zu versöhnen. So, wie Greta es sagt.



Marcel Roth war von 2017 bis 2019 Landesprecher der Grünen Jugend Stuttgart und ist seit Sommer 2019 Gemeinderat in Stuttgart.

✓ Marcel



WERDEN WIR KURZ UNANGENEHM... ZU UNS SELBST.

Marcel hat schon viel motivierendes und wichtiges geschrieben. Nun will ich auch als Orga-Mitglied etwas loswerden. Nehmen wir mal an, es wird sich nichts, oder sehr wenig ändern und wir werden lange streiken müssen, dann müssen wir unbedingt zwei Dinge im Fokus behalten.

1. Wir dürfen auf keinen Fall so wie die Stuttgart 21 – Proteste werden. Es gibt viele Parallelen zwischen den S 21-Protesten und Fridays For Future.

Wer die aktuellen S21-Proteste nicht wirklich kennt: Hier stehen gerade jeden Montag Leute auf der Straße und halten ihre Mahnwache ab. Das Ding dabei ist, es wird so gut wie gar nicht darüber berichtet und es kommen kaum mehr 50 Leute. Und wie wir alle wissen, waren die S21-Proteste mal richtig groß! Durch die wöchentliche Aktionsform sind einfach immer mehr Leute gewichen. Und es bleibt ein trauriger Haufen, die ihre Faust zwar weiter hochhält, aber ihnen wird kaum mehr Beachtung geschenkt. Gut möglich, dass das bei Fridays For Future ähnlich passiert. Irgendwann weichen die Leute und wir werden vor uns hinvegetieren. Die Proteste leben von Berichterstattung – und irgendwann wird für die Medien das Thema ausgelutscht sein. Hin und wieder berichtet die Lokalzeitung, aber viel bringen wird das nicht. Das lässt sich natürlich verhindern, da hätte ich einen Lösungsansatz: Bitte, lasst uns die Proteste etwas begrenzen. Auf zwei Mal im Monat, dann werden wir auch mehr Demonstant*innen am Start haben

2. Wir müssen thematisch beim Klima und der Umwelt bleiben!

Klar, das Thema hat so unfassbar viele Unterkategorien und ist so verzweigt, aber wir dürfen uns nicht dazu verleiten lassen, andere politische Belange über Fridays For Future zu transportieren. Ich habe in den Stuttgarter WhatsApp-Gruppen viel Queerfeministisches und auch das Ein oder Andere zu den Ar-

tikel 13 Protesten gelesen und bin als Admin eingeschritten: ich finde diese Themenbereiche auch wichtig. Mit Urheberrecht kann ich mich aus und setze mich daher auch mit der Urheberrechtsreform auseinander und bin – wie die meisten Grünen – dagegen und sage es auch gerne laut. Aber nicht in Fridays For Future Gruppen.

Je mehr Themen wir aufnehmen, desto mehr Leute werden uns abspingen.

Es gibt tatsächlich viel zu kritisieren, aber niemand hat es bisher so gemacht wie wir. Wir haben gerade viele Leute, wir haben in unfassbar kurzer Zeit unfassbar großartige Orga-Arbeit geleistet, wir haben gute Pressearbeit gemacht, wir haben uns schnell und gut um Social Media gekümmert, wir sind weltweit gut vernetzt. Sorgen wir dafür, dass es so bleibt!



Patrick Vexler, Grüne Jugend Stuttgart und FFF-Mitorganisator

GRÜNE JUGEND Ludwigsburg

September 2017. Ich bin auf meiner ersten Veranstaltung der Grünen nachdem ich im Mai Mitglied geworden war. Eine Kreismitgliederversammlung des KV Ludwigsburg, ausgerechnet die, bei der der Vorstand neu gewählt wird. Bis heute war das die größte Veranstaltung des KV auf der ich war. Auf jeden Fall wählte ich natürlich die „Altgrünen“, die sich für mehr Jugendliche in der Partei engagieren wollten, ab und an fiel auch schon der Begriff einer eigenen Grünen Jugend. Soweit so gut, am Abend sprachen mich dann noch zwei junge Grüne an und fragten, ob ich denn nicht Interesse an der Gründung einer Grünen Jugend hätte. Prompt landeten wir zu dritt in einer WhatsApp-Gruppe. Die Gruppe gibt es immer noch. Inzwischen sind wir aber 50 Leute.

Die Gründung ging dann plötzlich ganz schnell. Seit dem 15. Januar 2018 gibt es nun die Grüne Jugend Kreis Ludwigsburg. Seitdem läuft unsere Ortsgruppe ziemlich gut, bei Workshops und Kneipenabenden treffen wir uns regelmäßig. Wir sind auf den Demonstrationen im Umkreis aktiv und haben im Juni 2018 dann unsere erste, öffentliche Veranstaltung zum Thema Verkehr veranstaltet. Wir haben uns auch lokalpolitisch geäußert, mit öffentlichen Briefen machten wir unsere Position zur Stadtbahn Ludwigsburg und dem Programm Schutzranzen deutlich, woraufhin die Entwicklung sich immer in unsere Richtung verschoben hat.

Natürlich läuft nicht immer alles rund, gerade im ersten Jahr nach der Gründung. Wir mussten einige Mitgliederversammlungen einberufen um die Satzung an neue Gegebenheiten anzupassen und den Vorstand nachzubersetzen. Aber es lief immer alles gut, unsere Satzung ist jetzt zu unserer vollsten Zufriedenheit und nun wollen wir ein Grundsatzprogramm formulieren, mit dem wir unsere politischen Punkte klar definieren können.

2019 steht natürlich komplett im Schatten der Wahlen für Europa und die kommunalen Räte. Auch wenn es nicht immer so gut geklappt hat wie wir uns es gewünscht haben und auch einige unserer Kandidaten nicht auf den entsprechenden Listen gelandet sind, sind wir schlussendlich wirklich glücklich über unsere Ausbeute. Wir haben einige aussichtsreiche Listenplätze abbekommen, arbeiten mit den Ortsvereinen von Bündnis 90/Die Grünen zusammen um unser Wahlkampfprogramm durchzuführen und werden im April voraussichtlich unsere erste eigene, öffentlichkeitswirksame Aktion zum Thema Cannabis auf die Beine stellen.

Wir haben nun wirklich das Gefühl, in Ludwigsburg eine nachhaltig-funktionierende Ortsgruppe der Grünen Jugend auf die Beine gestellt zu haben und freuen uns auf das Jahr 2019! Auf dass es ein erfolgreiches Jahr für uns alle wird.



Leo

Leo ist seit 2017 politisch aktiv, hat letztes Jahr die Grüne Jugend in Ludwigsburg mit aufgebaut und ist seit September auch in ihrem Vorstand. 2018 war er außerdem Bundessprecher der Bundesfreiwilligendienstleistenden.



GRÜNE JUGEND Waldshut

Foto: Richard Penn / CC BY 2.0

Die Grüne Jugend auch auf dem Land bekannt zu machen ist schwerer als man denkt. Ganz im Süden, im Landkreis Waldshut, startet die Grüne Jugend 2019 neu durch. Wir haben die neuen Sprecherinnen der Ortsgruppe getroffen und mit ihnen über ihre neuen Ideen gesprochen.

Ihr wurdet am 25. Januar 2019 zu den neuen Sprecherinnen der Grünen Jugend im Landkreis Waldshut gewählt – Glückwunsch dazu. Wie habt ihr euch im Vorfeld darauf vorbereitet?

Nina Vielen Dank für die Glückwünsche. Wir sind beide zuerst bei den Grünen eingetreten und haben in unserem Kreisverband gefragt, ob es schon eine Grüne Jugend gibt. Diese wurde 2016 gegründet, aber verlief sich, da die meisten Mitglieder weit entfernt studieren, im Sande. Wir haben daher den damaligen Sprecher der Grünen Jugend im Landkreis kontaktiert und mit der Planung unserer Neugründung begonnen.

Wie schwierig war es, diese Neugründung zu planen und durchzuführen?

Anne Es gab durchaus kleinere und größere Hürden, die wir aber alle bewältigen konnten. Für uns als Neumitglieder war es teilweise ein schwerer Kampf gegen die Bürokratie. Wir hatten aber immer engen Kontakt zu anderen Ortsgruppen, nahmen auch an der LMV teil und bekamen gute Hilfestellungen vom grünen Kreisverband Waldshut.

Satzung, Einladungsfrist und ähnliches scheinen sicherlich schwierig, was würdet ihr daher anderen Mitgliedern empfehlen, die auch eine Ortsgruppe gründen wollen?

Nina Wichtig ist es, weitere junge Leute zu finden, die sich auch engagieren wollen. Wir hatten bei uns das Glück, beinahe auf Anhieb fünf Mitstreiter*innen zu finden. Gemeinsam konnten wir uns dann der ganzen Bürokratie widmen. Eine gute Satzung ist natürlich einiges an Arbeit, aber zusammen mit Vorlagen des Landesverbandes, oder wenn man bei anderen Ortsgruppen anfragt, kann man relativ schnell und einfach zur eigenen Satzung kommen.

Wie fühltet ihr euch dann am Abend eurer Neugründung?

Anne Wir waren überwiegend gespannt, ob alles so funktioniert, wie wir es geplant hatten.

Nina Es war unsere erste Versammlung, von daher waren wir wirklich etwas nervös und tatsächlich war schlussendlich nicht alles so, wie ursprünglich geplant.

Anne Alles in allem war es für uns aber ein sehr toller Abend. Dass uns die anwesenden Mitglieder dann auch als Sprecherinnen gewählt haben, hat uns sehr gefreut. Auch, dass wir an diesem Abend viele neue Leute bei der Grünen Jugend begrüßen durften, war für uns sehr schön.

Nun seid ihr seit Anfang des Jahres im Amt. Was habt ihr euch für dieses Jahr vorgenommen?

Anne Wir haben schon in der ersten Sitzung unsere Herzenthemen abgesteckt. Plastikfreies Leben und neue Jugendtreffs sind ganz oben auf unserer Agenda. Hier wollen wir uns einsetzen.

Nina Da wir ein sehr ländlicher Kreis sind, ist uns natürlich auch ein guter öffentlicher Nahverkehr und schnelles Internet, sowie freies WLAN sehr wichtig. In diesen Themen hinkt unser Kreis sehr hinterher und dort müssen wir uns als Jugendliche mehr einsetzen.

Was würdet ihr jungen Leuten mit auf den Weg geben, die sich stärker politisch engagieren wollen?

Nina Unser Leitspruch ist „Politik kann auch jung sein“. Das heißt, wir als Jugendliche können und müssen uns mehr einbringen. Den ersten Schritt zu machen, ist immer schwer, aber mit einem guten Team und voller Motivation kann man wirklich was erreichen.

Anne Wichtig ist auch, sich nicht von Rückschlägen und Problemen runterziehen zu lassen. Wenn ihr eine Meinung habt, dann steht dafür ein. Nur wer sich engagiert, kann etwas bewegen.

Das Interview führte Niklas Nüssle, Kreisvorsitzender Bündnis 90 / Die Grünen KV Waldshut



Global Goals

THINK GLOBAL, ACT LOCAL!

Ziele zu einer besseren Welt, akzeptiert und angestrebt von allen Staaten der United Nations, klingt schön? Gibt's schon! Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN wurden 2015 einstimmig von allen Staaten angenommen, um eine lebenswertere Welt zu hinterlassen. Diese setzen sich z.B. für Armutsbekämpfung, Klimaschutz, Feminismus und Frieden ein.

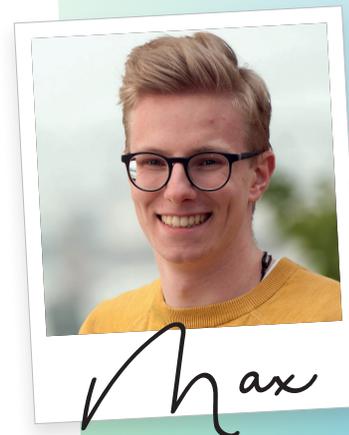
Einmal im Jahr finden in Karlsruhe und Stuttgart die „Global Goals Aktionstage“ statt. Dort wird zusammen diskutiert wie diese 17 Ziele ins alltägliche Leben integriert werden können. Es sollen vor allem junge Menschen motiviert werden sich für unser Zusammenleben zu engagieren und aufzuzeigen, wie jeder einzelne die Welt ein kleines Stückchen besser machen kann.

Höchste Priorität bei dem Event hat die Beteiligung, deshalb ist es auch im BarCamp-Stil gehalten. Dabei bieten die TeilnehmerInnen des Events selbst Workshops, Diskussionsrunden etc. an. Gemeinsam kann man nun Lösungen finden, die Global Goals im Alltag umzusetzen. Wenn der Workshop einer Person nicht gefällt, dann geht man einfach woanders hin. So kann sich jede/r zu den Themen fortbilden, die einen interessieren.

Davor gab es jedoch verschiedene Impulsvorträge und Grußworte. Das Sozialministerium Baden-Württemberg hat das Engagement der vielen ZuhörerInnen gelobt, wohingegen die Aktion „Plant-for-the-Planet“ uns die Wichtigkeit von Nachhaltigkeit erläutert hat. Diese Aktion pflanzt seit 2007 mit Hilfe von Jugendlichen und Kindern Bäume. Sie haben sich selbst das ambitionierte Ziel gesetzt 1.000 Milliarden Bäume zu pflanzen.

Mit immer unterschiedlichen Gruppen konnte ich so über Nachhaltigkeit, Veganismus, Mobilität, Bedingungsloses Grundeinkommen und den Global Goals auf UN-Ebene diskutieren. Das schönste an dem Event sind jedoch nicht die vielen begeisterten Gruppenleiter, sondern die vielen begeisterten MitmacherInnen. Viele kreative Ideen konnten so entstehen, neue Kontakte geknüpft werden und erstmalige Begeisterung für manche geschaffen werden.

Für alle Neugierigen: Die Ergebnisse der Workshops und vieles mehr lässt sich auf der Website nachlesen: globalgoals.org



ist seit Mitte 2018 Mitglied der Grünen Jugend und engagiert sich in der Grünen Jugend Ludwigsburg. Seit der letzten LMV im Dezember 2018 ist er auch Redakteur der Zitro

KOMMENTAR

Grüne Innenpolitik?

Innenpolitik ist ein Feld auf dem den Grünen traditionell wenig Kompetenz zugetraut wird. Stattdessen reüssieren bei diesem Thema, zumindest in den Umfragen, die Unionsparteien. Sie stehen für eine markige Innenpolitik mit Sheriffattitüde. Aber ist das wirklich die einzige Möglichkeit wie Innenpolitik gedacht und gemacht werden kann? Ich denke nein.

Eine andere progressive Innenpolitik ist möglich. Eine die nicht Sicherheit gegen Freiheit und Bürger*innenrechte in Stellung bringt. Die nicht permanent die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden erweitert und vor allem auf Sanktionen und repressive Maßnahmen setzt. Grundlegende Freiheitsrechte einschränken oder gleich weitestgehend abzubauen, wie etwa im bayrischen Polizeiaufgabengesetz, kann und darf nicht die Antwort auf die Bedrohung unserer offenen Gesellschaft, sei es durch Islamisten, Neonazis oder russische Hacker, sein.

Was wir stattdessen brauchen ist eine Politik, die vor allem auf Prävention setzt und erkennt, dass eine gute und engagierte Sozial- und Integrationspolitik einen mindestens genauso wichtigen Beitrag zu mehr Sicherheit leisten kann wie die Polizei. Mehr Straßensozialarbeit, mehr Jugendzentren und mehr Geld für Integration sind unverzichtbarer Bestandteil einer ganzheitlichen Innenpolitik. Besonders in der Migrations- und Integrationspolitik müssen sich Dinge grundlegend ändern. Es kann nicht sein, dass Menschen, die Geflüchteten helfen, kriminalisiert werden und das Innenpolitik sich im Wesentlichen als Abschottungspolitik versteht.

In der Debatte der letzten Jahre spielen auch die Überlastung der Polizei immer wieder eine zentrale Rolle. Doch die Antwort hierauf sollte nicht in mehr Videoüberwachung liegen, denn Kameras steigen nicht von ihrem Mast herunter und helfen Menschen. Auch die kommunalen Ordnungsdienste die in immer mehr Kommunen, in Baden-Württemberg, eingerichtet werden helfen hier nicht weiter. Was dagegen zum Beispiel helfen würde ist eine andere Drogenpolitik. Die längst überfällige Legalisierung von Cannabis etwa würde die Polizei konkret entlasten.

Die Grünen müssen die Partei sein, die Bewegung in die Innenpolitik bringt und auf neue mutigere Konzepte setzt. Hierbei kann und muss die Grüne Jugend der Motor sein, der die Grünen immer wieder neu antreibt.

Julian Dietzschold, seit 2016 bei der GJ und seit Dezember 2018 Mitglied im Landesvorstand der GJ. Studiert in Heidelberg.



ZITRO

31

HERAUSGEBER*IN

**GRÜNE
JUGEND**
Baden-Württemberg

GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg
Königstr. 78
70176 Stuttgart

VERANTWORTLICH IM SINNE
DES PRESSERECHTS

Julian Dietzschold
Grüne Jugend Baden-Württemberg
Königstr. 78
70176 Stuttgart

LAYOUT

Elias Keilhauer

LEKTORAT

XXXX

FOTOS

Diese ZITRO-Ausgabe steht, sofern nicht im Einzelfall abweichend gekennzeichnet, unter der Creative Commons-Lizenz „Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung“ [1] (CC BY-NC-ND). Das bedeutet, dass du das Werk bzw. den Inhalt unter den nachfolgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen darfst: Namensnennung — Du musst den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen. Keine kommerzielle Nutzung — Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung — Dieses Werk bzw. dieser Inhalt darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.



DRUCK

Nachdruck, auch nur auszugsweise nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Leserbriefe und unaufgefordert eingesandte Artikel sind wir dankbar, übernehmen aber keine Verantwortung. Die Redaktion behält sich Abdruck und singemäße Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der*des Verfasser*in wieder.



jung.
grün.
stachelig.

